

Tischvorlage - Md

zur STR-Sitzung am 21.11.2013
(im Anschluss an HH-Beratungen)

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

SFR 21.11.13 (im Anschluss an HH-Beratungen)

OBERBÜRGERMEISTER		
15. NOV. 2013		
1	Zur Kts.	2 Zur Stellungnahme
4	RA/KVB	4 Antwort der Ab-sandlung vorlegen
2	z.w.v.	5 Antwort zur Unter-schrift vorlegen

STA
RA/KVB
EP

Fax Maly

Nürnberg, 15. November 2013

Dringlichkeits-Antrag für die Stadtratssitzung am 21. November Hier: Resolution für ein Ausländerwahlrecht auf kommunaler Ebene (im Anschluss an die Haushaltsberatungen)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die politische Gleichstellung von Migranten gilt als eine der wesentlichen Grundlagen für das Gelingen von Integration. Daher fordern viele Menschen, die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Damit verbunden wäre eine Änderung des Artikels 28 des Grundgesetzes.

Mit der Gewährung des Wahlrechtes für die kommunale Ebene soll auch die Ungleichbehandlung zwischen Bürgern aus EU-Staaten und Bürgern aus Nicht-EU-Staaten beseitigt werden. Denn nach geltendem Recht haben hier lebende Ausländer aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits das Kommunalwahlrecht.

Mehr politische Rechte für Migrantinnen und Migranten stärken die Demokratie in unserer Stadt. Integration bedeutet nicht nur fordern, sondern auch fördern. Daher ist die Beteiligung dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger an Wahlen in den Kommunen, auch ohne deutschen Pass, zu ermöglichen.

Deshalb beschließt der Stadtrat folgende

Resolution:

1. Die zukünftige Bundesregierung wird aufgefordert, sich bald für die Einführung eines Wahlrechtes auf kommunaler Ebene für die oben genannten Personen einzusetzen.
2. Die neue Bundesregierung wird aufgefordert, neben der deutschen Staatsbürgerschaft den Besitz einer weiteren Staatsbürgerschaft (doppelte Staatsbürgerschaft) zu ermöglichen. Der Optionszwang ist abzuschaffen. Einbürgerungen sind zu erleichtern.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Willen des Nürnberger Stadtrates den voraussichtlichen Regierungsparteien zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Vogel, Fraktionsvorsitzender